

Vorsitzender der Bundesvertretung 3
in der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD)

1080 Wien, Strozzigasse 2/3. Stock
Tel. 01/53120-3253
E-Mail: johann.pauxberger@goed.at



Vorsitzender des Zentralausschusses
für die beim Bundesministerium für Unterricht, Kunst
und Kultur und den nachgeordneten
Dienststellen verwendeten Bundesbediensteten

1080 Wien, Strozzigasse 2/3. Stock
Tel. 01/53 120-3250 w Fax 01/53 120-81-3250
E-Mail: johann.pauxberger@bmukk.gv.at

Johann PAUXBERGER

Frau Bundesministerin
Dr. Claudia SCHMIED
Bundesministerium für
Unterricht, Kunst und Kultur
Minoritenplatz 5
1014 Wien

Wien, 28. November 2012

Sehr geehrte Frau Bundesministerin!

Das erste halbe Jahr nach Inkrafttreten des Aufnahmestopps im öffentlichen Dienst und die untragbaren Einsparungsmaßnahmen in einem einzigartigen Ausmaß zeigen, dass es insbesondere an Schulen im Bereich des Budget- und Rechnungswesens, der Administration sowie der Hausverwaltung zu nicht mehr tolerierenden Personalengpässen kommt.

Direktorinnen und Direktoren bzw. für Personalmanagement verantwortliche Dienststellen haben **Sie persönlich** und das **BMUKK** in diversen Stellungnahmen darauf hingewiesen, dass ein ordnungsgemäßer Schulbetrieb nicht mehr möglich ist und weisen jegliche Mitverantwortung im Zusammenhang von Amtshaftungsklagen zurück.

Frau Bundesministerin, SIE MÜSSEN HANDELN!

Weitere Personaleinsparungen sind unakzeptabel.

Die derzeit praktizierte Vorgangsweise von BMUKK und Bundeskanzleramt bei Nachbesetzungen an Schulen erweist sich als unzumutbar lang.

Damit die Verwaltung an Schulen endlich die notwendigen Rahmenbedingungen für einen modernen Unterricht leisten kann, ist es unabdingbar, dass die freiwerdenden Planstellen an Schulen vom Aufnahmestopp, wie jene der Lehrerinnen und Lehrer, ausgenommen werden. Sie sind Teil des Systems, eine unterschiedliche Behandlung bei Nachbesetzungen ist nicht nachvollziehbar und diskriminierend.

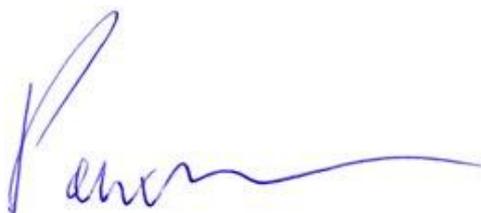
100 Planstellen, die auf Grund bestehender und vereinbarter Richtlinien nach zu besetzen sind, fehlen seit Jahren.

Die Haushaltsrechtsreform 2013 verbunden mit einem aufwendigen Budget- und Rechnungswesen bringt einen Mehraufwand, der nur durch zusätzliche Planstellen zu bewältigen ist.

Durch die Umstellung von Eigen- auf Fremdreinigung fehlen die finanziellen Mittel. Überbelastungen führen zu Langzeitkrankenständen und Burnout. Schulschließungen, weil die Sicherheit und die erforderliche Hygiene nicht mehr gewährleistet sind, sind nur eine Frage der Zeit.

Sollten die angeführten Missstände nicht umgehend behoben werden, sehen wir uns - aus Sorge um die Schule, die Kollegenschaft, die Schulleiterinnen und Schulleiter, die dafür die Verantwortung nicht übernehmen können, und die Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern - gezwungen die Öffentlichkeit über die Medien zu informieren.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'P. ...', written in a cursive style.